



## Beschluss

### des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Dringlichkeitsantrag** der Abgeordneten **Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Martin Wagle, Bernhard Seidenath, Thomas Huber, Dr. Andrea Behr, Thorsten Freudenberger, Martina Gießübel, Josef Heisl, Melanie Huml, Andreas Jäckel, Stefan Meyer, Martin Mittag, Helmut Schnotz, Sascha Schnürer, Carolina Trautner** und **Fraktion (CSU)**,

**Florian Streibl, Felix Locke, Thomas Zöller, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 19/5002

### **Pflegt die Pflege! Ein Weckruf für mehr Aufmerksamkeit – auch und gerade auf Bundesebene**

Der Landtag stellt fest, dass die Sicherstellung einer menschenwürdigen Pflege eine immense Herausforderung und die große humanitäre Aufgabe unserer Zeit bleibt.

Der Landtag würdigt den unermüdlichen Einsatz der pflegenden Angehörigen, die oft die Hauptlast der Pflege und Unterstützung von hilfsbedürftigen Menschen tragen.

Deshalb bestärkt und unterstützt der Landtag – wie schon im Beschluss auf Drs. 19/3340 – die Staatsregierung in ihrem unermüdlichen Einsatz für eine umfassende Pflege-Reform, die auch und gerade die besonderen Bedürfnisse der pflegenden Angehörigen berücksichtigt.

Der Landtag fordert die Staatsregierung auf, sich für die Einrichtung einer Zukunftskommission im Bund für die Pflege einzusetzen. In der Kommission sollten neben Bund und Ländern auch die Kranken- und Pflegekassen sowie Pflegeexperten und Vertreter von Pflegeanbietern mitwirken, ebenso Vertreter der Pflegeberufe und der pflegenden Angehörigen.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene insbesondere im Rahmen einer Zukunftskommission weiterhin und nachdrücklich für die folgenden Punkte einzusetzen:

- mehr Prävention und Rehabilitation vor Pflege
- attraktivere Pflegeberufe
- weniger Bürokratie auf allen Ebenen

- mehr Zeit für menschliches Miteinander
- Weichenstellung für mehr Einsatz moderner Technologien
- würdevolles Leben bis zum Schluss
- finanzielle Stabilität der Sozialen Pflegeversicherung

Die Präsidentin

I.V.

**Tobias Reiß**

I. Vizepräsident